

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 09.062/3035)  
Für Annahme der Dringlichkeitsklausel ... 112 Stimmen  
Dagegen ... 64 Stimmen

*Das qualifizierte Mehr ist erreicht*  
*La majorité qualifiée est acquise*

07.074

**Programm Media 2007–2013.  
Abkommen  
mit der Europäischen Gemeinschaft  
Programme Media 2007–2013.  
Accord  
avec la Communauté européenne**

*Differenzen – Divergences*

Botschaft des Bundesrates 21.09.07 (BBI 2007 6681)  
Message du Conseil fédéral 21.09.07 (FF 2007 6313)  
Ständerat/Conseil des Etats 06.12.07 (Erstrat – Premier Conseil)  
Nationalrat/Conseil national 10.12.07 (Zweitrat – Deuxième Conseil)  
Zusatzbotschaft des Bundesrates 26.11.08 (BBI 2008 9105)  
Message complémentaire du Conseil fédéral 26.11.08 (FF 2008 8165)  
Ständerat/Conseil des Etats 18.03.09 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 27.05.09 (Fortsetzung – Suite)  
Nationalrat/Conseil national 27.05.09 (Fortsetzung – Suite)  
Ständerat/Conseil des Etats 03.06.09 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 12.06.09 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Nationalrat/Conseil national 12.06.09 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Text des Erlasses 1 (BBI 2009 4487)  
Texte de l'acte législatif 1 (FF 2009 4005)  
Nationalrat/Conseil national 16.09.09 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 17.09.09 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 23.09.09 (Differenzen – Divergences)  
Einigungskonferenz/Conférence de conciliation 24.09.09  
Ständerat/Conseil des Etats 24.09.09 (Differenzen – Divergences)  
Nationalrat/Conseil national 24.09.09 (Differenzen – Divergences)  
Ständerat/Conseil des Etats 25.09.09 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Nationalrat/Conseil national 25.09.09 (Schlussabstimmung – Vote final)  
Text des Erlasses 4 (BBI 2009 6663)  
Texte de l'acte législatif 4 (FF 2009 6019)

**4. Bundesgesetz über Radio und Fernsehen  
4. Loi fédérale sur la radio et la télévision**

**Art. 10 Abs. 1 Bst. b***Antrag der Einigungskonferenz*

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

*Antrag Aeschbacher*

Ablehnung des Antrages der Einigungskonferenz

**Art. 10 al. 1 let. b***Proposition de la Conférence de conciliation*

Adhérer à la décision du Conseil national

*Proposition Aeschbacher*

Rejeter la proposition de la Conférence de conciliation

**Germanier** Jean-René (RL, VS), pour la commission: La Conférence de conciliation propose d'adopter le projet selon Conseil national/Conseil fédéral. Au Conseil des Etats, ce matin, il a été décidé, à l'unanimité, d'adopter la proposition de la Conférence de conciliation.

Je vous invite donc, au nom de la Conférence de conciliation, à adopter sa proposition.

**Hochreutener** Norbert (CEg, BE), für die Kommission: Die Einigungskonferenz hat sich gestern mit 13 zu 12 Stimmen für

die Version des Nationalrates entschieden, d. h. gegen den Ständerat, gegen das Verbot, also dafür, Alkoholwerbung im Fernsehen auch bei uns zu erlauben. Heute Morgen hat sich der Ständerat einstimmig und ohne Gegenantrag für die Lösung der Einigungskonferenz entschieden. Ich bitte Sie, ebenfalls dem Antrag der Einigungskonferenz zu folgen.

**Aeschbacher** Ruedi (CEg, ZH): Ich beantrage Ihnen, den Antrag der Einigungskonferenz abzulehnen.

Die Hauptanliegen dieses Geschäftes sind unter Dach und Fach und beschlossen: Der Beitritt zum Media-Abkommen ist beschlossen worden und bald rechtskräftig. Die nicht unbeträchtlichen Mittel von über 40 Millionen Franken sind bewilligt, stehen nicht mehr zur Diskussion. Offen und zu entscheiden ist lediglich noch ein Nebenpunkt in der ganzen «Media-Geschichte», der mit der Filmförderung an und für sich nichts zu tun hat, nämlich die Frage: Müssen, sollen wir unsere Gesetze ändern, um auf Geheiss des Auslandes hin das teilweise Verbot bezüglich Alkoholwerbung im Fernsehen bei uns ganz aufzuheben und in allen Fernsehkanälen Alkoholwerbung zuzulassen? Ständerat und Nationalrat haben darüber je dreimal diskutiert. Der Ständerat hat sich auf ein allgemeines Verbot der Alkoholwerbung im Fernsehen festgelegt. Dreimal hat er das bestätigt, dreimal hat der Nationalrat die Alkoholwerbung zulassen wollen.

Die Entscheide in den Kommissionen und nun auch in der Einigungskonferenz fielen sehr knapp aus und wurden zum Teil von Zufälligkeiten wie Abwesenheit von Mitgliedern, Ersatzmitgliedern usw. geprägt. Die Einigungskonferenz, Sie haben es gehört, beantragt mit 13 zu 12 Stimmen, die bisherigen Einschränkungen betreffend Alkoholwerbung im Fernsehen aufzuheben. Der Ständerat hat den Antrag der Einigungskonferenz angenommen. Es ist gesagt worden, der Beschluss sei einstimmig erfolgt. Natürlich, niemand von der ständerätlichen Delegation hat einen Antrag gestellt.

Unser Rat hat nun, nachdem der Ständerat diesen Entscheid getroffen hat, noch zwei Möglichkeiten: Entweder stimmen wir dem knappen Mehrheitsbeschluss der Einigungskonferenz zu und lassen uneingeschränkt auf unseren TV-Kanälen diese Alkoholwerbung zu, oder wir lehnen den Antrag der Einigungskonferenz ab. Das beantrage ich Ihnen aus folgenden Gründen: Stimmen wir der Einigungskonferenz zu, haben wir Alkoholwerbung auf unseren Fernsehkanälen in der Wohnstube. Alles, was in der Suchtprävention Rang und Namen hat – Alkohol ist bei uns nach wie vor die Droge Nummer eins und bereitet uns ausserordentlich grosse Sorgen –, warnt dringend davor, weil die Werbung am Fernsehen nicht nur die teuerste, sondern auch die wirksamste ist. Sie ist insbesondere wirksam bei Kindern und Jugendlichen.

Lehnen wir den Antrag der Einigungskonferenz ab, so wird das Radio- und Fernsehgesetz nicht geändert, und das hat folgende zwei Vorteile:

1. Wir belassen es bei der bisherigen Ordnung. Diese ist austariert und erst vor wenigen Jahren von unserem Parlament beschlossen worden. Sie ist insofern austariert, als die SRG, die gebührenfinanziert ist, keine solche Werbung senden darf, hingegen die nicht über dicke finanzielle Polster verfügenden Privaten eine beschränkte Möglichkeit dazu haben. Der Vorteil ist: Es ist immer noch besser, wenn wir allenfalls bescheidene Werbung in kleinen Medien, aber nicht im SRG-Medium Fernsehen haben, denn dieses ist in allen Wohnstuben präsent und prägt in diesem Land am allermeisten.

2. In Österreich, Frankreich, Italien und zahlreichen weiteren europäischen Ländern ist Alkoholwerbung nicht zugelassen. Die EU geht genau in diese Richtung. Bleiben wir bei unserem Recht, das wir vor wenigen Jahren gesetzt haben, dann müssen wir nicht in wenigen Jahren allenfalls wieder umkehren. Sonst würden wir in die falsche Richtung gehen. Die EU geht in die Richtung, überall Alkoholwerbverbote im Fernsehen einzuführen.

Diejenigen, die sagen, sie möchten ja die Alkoholwerbung eigentlich nicht, aber sie möchten den eigenen Fernsehan-



stalten die Alkoholwerbung erlauben, damit kein Werbenachteil gegenüber den deutschen Fernsehstationen entstehe, damit also diese Werbegelder in der Schweiz blieben, kann ich nur fragen: Was ist denn wichtiger, meine Damen und Herren Volksvertreter, das Werbegeschäft oder die Volksgesundheit, die Alkoholprävention und der Jugendschutz sowie die Reduktion der volkswirtschaftlichen Schäden, die sich auf weit über 6 Milliarden Franken pro Jahr belaufen? Mensch oder Geld – das ist hier die Entscheidung.

**La présidente** (Simoneschi-Cortesi Chiara, présidente): Le groupe PDC/PEV/PVL soutient la proposition de la Conférence de conciliation.

**Germanier Jean-René** (RL, VS), pour la commission: Madame la présidente, comme la proposition Aeschbacher a nécessité une longue prise de parole, je veux juste reprendre à mon tour la parole.

La loi sur le Parlement prévoit une Conférence de conciliation lorsqu'un projet a fait trois passages dans nos chambres respectives. C'est le cas présentement. Vous vous souvenez que la divergence avec le Conseil des Etats se situait à l'article 10. Aujourd'hui, le Conseil des Etats a, à l'unanimité, soutenu la proposition de la Conférence de conciliation qui correspond à la décision du Conseil national et au projet du Conseil fédéral.

Je vous prie donc, pour le bon fonctionnement du Parlement aussi, d'adopter la proposition de la Conférence de conciliation.

**Hochreutener Norbert** (CEg, BE), für die Kommission: Ich kann auch nicht verstehen, dass man nach einem klaren Entscheid des Ständerates, nach dem Entscheid der Einigungskonferenz jetzt hier nochmals eine Diskussion vom Stapel lässt. Das ist nicht üblich, das gehört sich nicht in diesem Verfahren. Ich möchte deshalb auch nicht noch einmal inhaltlich und materiell darauf eintreten, sondern nur einen Satz von Herrn Aeschbacher korrigieren: Es ist kein Nebensatz. Das Media-Abkommen wollen wir, und wenn wir das wollen, müssen wir auch das andere wollen. Wer A sagt, muss auch B sagen; das können Sie leider nicht trennen. Ich bitte Sie also, dem Antrag der Einigungskonferenz zuzustimmen.

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 07.074/3034)

Für den Antrag der Einigungskonferenz ... 103 Stimmen

Für den Antrag Aeschbacher ... 69 Stimmen

09.425

## **Parlamentarische Initiative SGK-NR.**

### **Artikel 64a KVG und unbezahlte Prämien**

### **Initiative parlementaire CSSS-CN.**

### **Article 64a LAMal et primes non payées**

*Erstrat – Premier Conseil*

Einreichungsdatum 25.03.09

Date de dépôt 25.03.09

Bericht SGK-NR 28.08.09 (BBI 2009 6617)

Rapport CSSS-CN 28.08.09 (FF 2009 5973)

Stellungnahme des Bundesrates 18.09.09 (BBI 2009 6631)

Avis du Conseil fédéral 18.09.09 (FF 2009 5987)

Nationalrat/Conseil national 24.09.09 (Erstrat – Premier Conseil)

**Rossini Stéphane** (S, VS), pour la commission: Dans le dossier complexe de la santé, il y a des composantes que l'on qualifie parfois de manière abusive de «techniques» et qui ont en réalité des conséquences pratiques, en l'occurrence une portée sociale fondamentale. Il en est ainsi de la problématique des contentieux dans le paiement des primes d'assurance-maladie, problématique qu traite l'initiative parlementaire intitulée «Article 64a LAMal et primes non payées», que votre commission vous propose aujourd'hui.

En mars 2005, en réformant la loi sur l'assurance-maladie, nous avons modifié la pratique du contentieux. Dans l'ancien système, si, malgré la sommation, l'assuré ne payait pas ses primes ou ses participations aux coûts échues, l'assureur devait engager une procédure de poursuite. Si cette procédure aboutissait à un acte de défaut de biens, l'assureur en informait l'autorité compétente de l'aide sociale. Après avoir reçu un acte de défaut de biens et informé l'autorité de l'aide sociale, l'assureur pouvait alors suspendre la prise en charge des prestations jusqu'à ce que les primes ou participations aux coûts arriérées soient entièrement payées.

Depuis l'entrée en vigueur de la modification du 18 mars 2005, les assureurs ne sont plus contraints de mener à terme la procédure de poursuite jusqu'à l'acte de défaut de biens avant de suspendre le paiement des prestations. Cette suspension peut intervenir lorsque, malgré un rappel, l'assuré n'a effectué aucun paiement et qu'une réquisition de continuer la poursuite a été déposée.

Outre la dimension technique de cette question, il existe un vrai problème. Il s'avère en effet que dans la pratique, depuis l'introduction de cette mesure le 1er janvier 2006, 150 000 personnes environ sont frappées par une suspension de la prise en charge des prestations de soins couvertes par l'assurance obligatoire des soins. De plus, les cantons ont été contraints d'assumer des charges administratives très importantes. Cette situation est problématique. D'une part, parce que dans un système d'assurance obligatoire, la suspension du remboursement des prestations est inacceptable; elle porte préjudice non seulement aux caisses, mais aussi aux fournisseurs de prestations. D'autre part, parce qu'on ne saurait voir dans les personnes qui ne paient pas leurs primes que des mauvais payeurs abusant d'un système. Je le souligne, car c'est cette dernière perspective qui a motivé à l'époque la majorité des membres de ce Parlement à soutenir la décision de modifier le système en place en 2005.

Pour tenter de corriger le système et l'améliorer, certains cantons ont institué des solutions ponctuelles de manière pragmatique par l'élaboration de conventions avec les assureurs, contournant quelque part la législation modifiée, les conventions n'ayant par ailleurs aucun caractère obligatoire pour les assureurs. Dès lors, au regard des problèmes liés à la suspension du paiement des prestations, afin d'élaborer